



BLÄTTER

ZUM LAND

Nr. 79

Für Freiheit und Recht

Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen in unserer Region

Der Umsturzversuch des 20. Juli 1944 wird in der Bundesrepublik Deutschland traditionell als das zentrale Ereignis des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime gewürdigt. Auch 75 Jahre danach ist jedoch in der breiten Öffentlichkeit noch immer kaum bekannt, dass es innerhalb der militärischen und der zivilen Opposition schon recht bald Überlegungen gegeben hatte, Adolf Hitler

zu stürzen. Bis zum Sommer 1944 wurden sogar mehrere Attentats- und Umsturzpläne entwickelt, wieder verworfen oder schlugen fehl.



Ludwig Schwamb wurde am 23. Juli 1944 in Frankfurt festgenommen und später nach Berlin überstellt. Am 13. Januar 1945 verurteilte ihn der „Volksgerichtshof“ zum Tode. Zehn Tage später wurde er zusammen mit neun weiteren Verschwörern in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Sämtliche dieser Vorhaben scheiterten an technischen und anderen Unwägbarkeiten, wegen der scharfen Sicherheitsvorkehrungen des NS-Regimes oder am Zaudern der beteiligten Militärs. Die absolute Mehrheit der Wehrmacht und ihrer Führung stand loyal hinter dem Diktator und Oberbefehlshaber und folgte bis zuletzt willig seiner barbarischen Kriegs- und Eroberungsstrategie. Der „20. Juli“ war keineswegs nur eine gemeinsame Aktion von wenigen oppositionellen Militärs und Vertretern des konservativ-liberalen Bürgertums, sondern konnte sich gleichermaßen auf eine weit verzweigte zivile Widerstandsstruktur stützen. Diese war besonders vom früheren Innenminister des Volksstaates Hessen und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, seinen Parteifreunden, den ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Carlo Mierendorff und Dr. Julius Leber sowie von etlichen weiteren Mitstreitern in jahrelanger konspirativer Kleinarbeit im ganzen Reichsgebiet geschaffen worden. Für dieses somit im Kern sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Vertrauensleutenetz waren außerdem diverse weitere Regimegegner aus bürgerlichen Kreisen gewonnen worden. Eines seiner wichtigsten Zentren erstreckte sich auf die heutigen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz mit deutlichem Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen

Oberst Stauffenberg (links im Bild) im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ am 15. Juli 1944
Bundesarchiv, Bild 146-1984-079-02

Der 20. Juli 1944

Im Anschluss an die verheerende Niederlage von Stalingrad Anfang 1943 verstärkte sich in den zivilen wie auch den militärischen Kreisen der Opposition die Überzeugung, dass der Krieg für Deutschland früher oder später verloren sein würde. Fortan gewannen die Überlegungen oppositioneller Offiziere hinsichtlich einer möglichst raschen Beseitigung Hitlers durch ein Attentat wieder an Kontur, um so die Verbrechen des Regimes





*Zerstörte Lagebaracke nach dem Attentat im
Führerhauptquartier „Wolfschanze“ bei Rasten-
burg in Ostpreußen am 20. Juli 1944
Gedenkstätte Deutscher Widerstand*

endlich zu beenden und um den Weg freizumachen zunächst für einen von vielen erhofften Separatfrieden mit den Westalliierten. Auch Claus Graf Schenk von Stauffenberg äußerte verschiedentlich im vertraulichen Gespräch, nicht zuletzt die massenhaften Erschießungen der Juden müssten unverzüglich gestoppt werden, was aber die Liquidierung Hitlers voraussetze. Genauso sahen sich etliche andere Verschwörer, zumal wenn sie als Offiziere selbst in solche systematischen Mordaktionen verstrickt waren, gerade wegen ihres Wissens um diese Gräueltaten schließlich ebenfalls zum Handeln gedrängt. Nachdem der Attentatsplan immer wieder verschoben worden war, zündete Oberst Stauffenberg mit Unterstützung seines Adjutanten Oberleutnant Werner von Haeften am 20. Juli 1944 in der Lagebaracke des Führerhauptquartiers „Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen eine Bombe, die er – in einer Aktentasche verborgen – in der Nähe Hitlers platziert hatte. Die anschließend von Berlin aus ausgelöste Operation „Walküre“ hätte eigentlich zur Initialzündung für einen kombinierten Aufstand militärischer und ziviler Widerstandskräfte werden sollen. Die geheimen „Walküre“-Befehle, ursprünglich entwickelt z. B. zur Bekämpfung innerer Unruhen, etwa von Aufstandsversuchen der Zwangsarbeitskräfte und Kriegsgefangenen, waren von General Friedrich Olbricht und einigen anderen seit 1942 für die Zwecke der Verschwörer umgearbeitet worden. Nach einem erfolgreichen Anschlag auf Hitler hätten umgehend alle regimetreuen Entscheidungsträger verhaftet, die Nachrichten- und Presseeinrichtungen unter die Kontrolle der Verschwörer gebracht und ähnliche Maßnahmen durchgeführt werden sollen, um dadurch die Voraussetzungen für das Gelingen des Umsturzes im Reich und an der Front zu schaffen. In den einzelnen Wehrcirkeln sollten militärische Verbindungsleute, unterstützt von politischen Beratern, für die Durchsetzung der Befehle der Verschwörer sorgen. Die Aktion, auf die seit Langem hingearbeitet worden war, scheiterte indes binnen nur eines halben Tages.

Die Bombenexplosion hatte unter den 24 in der Lagebaracke Versammelten vier Todesopfer gefordert, Hitler selbst war aber nur leicht verletzt worden. Auch das erst am Nachmittag ausgelöste eigentliche Umsturzunternehmen brach schon nach wenigen Stunden in sich zusammen. In etlichen Stellvertretenden Generalkommandos waren die Befehle der Verschwörer erst nach Dienstschluss, in München und Danzig überhaupt nicht eingetroffen. Mit der Durchführung der Alarmmaßnahmen der Operation „Walküre“ war lediglich – außer in Berlin – in Kassel, Dresden, Hamburg, Frankfurt am Main und Münster in Westfalen begonnen worden. Aber auch dort war alles im Ansatz stecken geblieben.

Nur in Prag, Paris und Wien waren die Alarmierung und sogar die Verhaftungen regimetreuer Kräfte angelaufen bzw. zum Teil bereits durchgeführt worden. In Paris hatten immerhin 1.200 Mann SS, SD und Polizei fest-

Generaloberst a. D. Ludwig Beck
Gedenkstätte Deutscher Widerstand



gesetzt werden können, die jedoch nach dem Erkennen des Scheiterns der Aktion wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Verbindungen in unsere Region

Auch in Mainz waren Maßnahmen zur Festnahme bzw. Liquidierung Hitler treu ergebener Militärs geplant gewesen, die sich indes nicht hatten durchführen lassen. Zuständig u. a. für das westliche Rhein-Main-Gebiet, die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, den Westerwald, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland war das Stellvertretende Generalkommando des XII. Armeekorps in Wiesbaden. Dort hatten die Verschwörer auf den Chef des Generalstabes Generalmajor Erwin Gerlach gezählt. Als aber die Fernschreiben entschlüsselt worden waren und Rückfragen in anderen Wehrkreisen erbracht hatten, dass eine Beteiligung am Staatsstreichversuch zu riskant sei, war dieser in Berlin bereits gescheitert.

Dr. Carl Friedrich Goerdeler
Gedenkstätte Deutscher Widerstand



Am Tag der Aktion hätte Hauptmann Hermann Kaiser vom Stab des Chefs der Heeresrüstung und Befehlshabers des Ersatzheeres in seiner Heimatstadt Wiesbaden, wo er vordem im Zivilberuf als Studienrat gewirkt hatte, in die Funktion des Verbindungsoffiziers zwischen den militärischen und den zivilen Widerstandskräften im Wehrkreis XII rücken sollen. Seit 1941 hatte er in Berlin eng mit der Führungsebene des militärischen und bürgerlich-konservativen Widerstandes kooperiert, so mit Generaloberst a. D. Ludwig Beck und dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler, dann auch mit Generalmajor Henning von Tresckow, Oberleutnant Dr. Fabian von Schlabrendorff, General Friedrich Olbricht und Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, ebenso mit Funktionären des Arbeiterwiderstandes und vielen anderen Regimegegnern.

Auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung stand Mitte 1944 trotz der Invasion der Westalliierten in der Normandie sowie der

Fabian von Schlabrendorff
Stadtarchiv Wiesbaden



wichtigen Sommeroffensiven der Sowjets gegen die Ostfront und der sich damit deutlich abzeichnenden Niederlage Deutschlands loyal zu Hitler und zum NS-Regime. Dem hatten die Verschwörer dadurch zu begegnen gesucht, dass sie nach dem Gelingen des Militärschlages unverzüglich ein verlässliches Netz ziviler Widerstandsgruppen auf den Plan rufen wollten. Ansonsten hätte der befreiende Umsturz ohnehin nur durch Gruppen und Personen erfolgen können, die sich unmittelbar an den Schaltstellen der Macht befanden. Dies galt primär für Teile der militärischen und zivilen Funktionsebenen. Für die angestrebte unverzügliche Verbreiterung der Basis des Unternehmers hätte ein Bündnis bürgerlich-konservativer, liberaler, gewerkschaftlich-sozialdemokratischer und linkssozialistisch-pazifistischer Widerstandsgruppen sorgen sollen.

Die Errichtung einer Militärdiktatur hatten die Verschwörer keineswegs beabsichtigt, jedenfalls nicht auf Dauer. Einigkeit herrschte vor allem darin, nach einem geglückten Umsturz umgehend zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren. Ansonsten blieben die politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen für einen Neubeginn bei den verschiedenen Gruppen und Personen der Opposition bis zuletzt strittig, wobei ein parlamentarisch-demokratisches Staatswesen heutiger Prägung in ihren Planungen zumeist nicht vorgesehen war. Eine große Ausnahme ist hierbei sicherlich die vom berühmten Parteienforscher Prof. Dr. Ludwig Bergsträsser wohl 1942 für Wilhelm Leuschner erstellte, wohlweislich „Wiederherstellung“ betitelte Denkschrift zur Wiedereinführung des „parlamentarischen Systems im eigentlichen Sinne.“

Der Vertraute Stauffenbergs

Der 1896 in Bosenheim, heute Stadtteil von Bad Kreuznach, geborene Dr. Karl Sack rückte im Herbst 1942 zum Chef der Heeresjustiz auf. Als solcher ging er unerbittlich vor insbesondere gegen Angeklagte mit - wie es damals hieß - „staats- und wehrfeindlicher Einstellung“ bzw. „asozialer Persönlichkeit“. Gleichwohl

gehörte er im Zuge der Umsturzvorbereitungen zu den Vertrauten von Oberst Stauffenberg und General Olbricht. Seine Aufgabe bestand in der Abschirmung von Gefährdeten sowie der Warnung der Verschwörer vor den jederzeit möglichen Observationen und Zugriffen durch die Gestapo. So hat er beispielsweise die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens gegen Hauptmann Hermann Kaiser erreicht, der 1943 von einem Kameraden aus dem Ersten Weltkrieg wegen seiner scharfen Kritik an Hitler denunziert worden war.

Nach der bereits am 12. Juni 1944 erfolgten Verhaftung von Oberst Wilhelm Staehle, der u. a. mit Carl Goerdeler und niederländischen Widerstandskreisen in Verbindung gestanden hatte, war Sack sogar selbst ins Wehrmachtsgefängnis geeilt, um vom dort Inhaftierten den aktuellen Stand der Ermittlungen in Erfahrung zu bringen. Dies führte letztendlich wenige Wochen nach dem „20. Juli“ zu seiner eigenen Festnahme. Sack hätte womöglich als Justizminister der von den Verschwörern angestrebten Zivilregierung fungieren sollen. Auf Befehl Hitlers wurde vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes Dr. Ernst Kaltenbrunner veranlasst, dass am 8. April 1945 im KZ Flossenbürg gegen Sack, Admiral Wilhelm Canaris, Generalmajor Hans Oster und einige andere Regimegegner ein Standgericht zusammentrat. Dieses erkannte wegen Hoch- und Kriegsverrats für alle Angeklagten auf Todesstrafe, die am Morgen des folgenden Tages vollstreckt wurde.

Kurier zwischen den Widerstandskreisen

Schon im Herbst 1933 hatte der 1907 in Halle an der Saale geborene Jurist Fabian von Schlabrendorff damit begonnen, in Pommern und in Rheinhessen viele zuverlässige NS-Gegner in Zellen zusammenzufassen und der Oppositionsbewegung zuzuführen. Als dessen Ordonnanzoffizier hat er zusammen mit Henning von Tresckow den Attentatsversuch auf Hitler vom 13. März 1943 in Smolensk unternommen. Ferner war er als Kurier zwischen den Widerstandskreisen an der Front

und solchen im Heimatheer eingesetzt. Mit den führenden Köpfen der bürgerlich-militärischen Opposition Ludwig Beck und Carl Goerdeler hat er sich seit Sommer 1942 in ständiger Fühlung befunden. Am 17. August 1944 wurde der Oberleutnant festgenommen und im Gestapogefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, später im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Dass er überlebte, grenzt an ein Wunder: Mehrfach schwer gefoltert, hat er trotzdem keinen seiner Gesinnungsfreunde verraten und schließlich in seiner – fünfmal verschobenen – Verhandlung vor dem „Volksgerichtshof“ am 16. März 1945 sogar Freispruch erwirken können. Kurz darauf wurde ihm jedoch eröffnet, es handele sich um ein Fehlurteil, er werde erschossen. Er wurde aber in das KZ Flossenbürg, dann ins KZ Dachau verlegt, anschließend in ein KZ bei Innsbruck. Am 4. Mai 1945 wurde er von amerikanischen Truppen befreit. 1967 wurde er als Richter an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe berufen, dessen 2. Senat er acht Jahre lang angehörte.

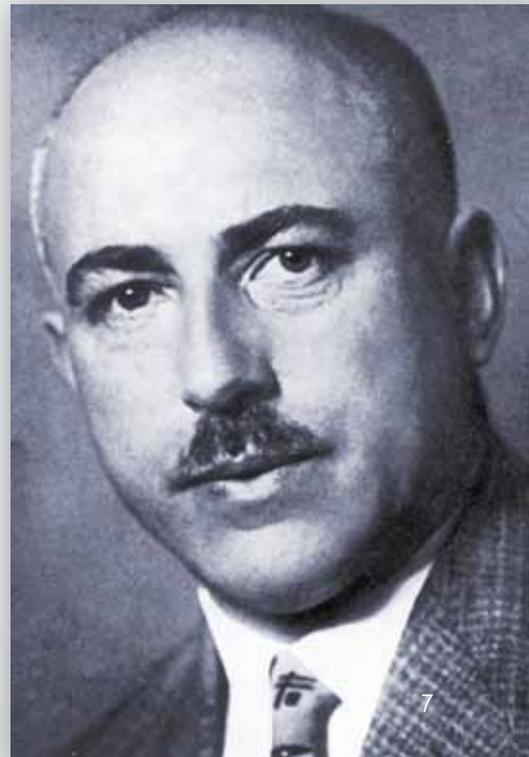
Das zivile Vertrauensleutenetz im Umfeld des „20. Juli“

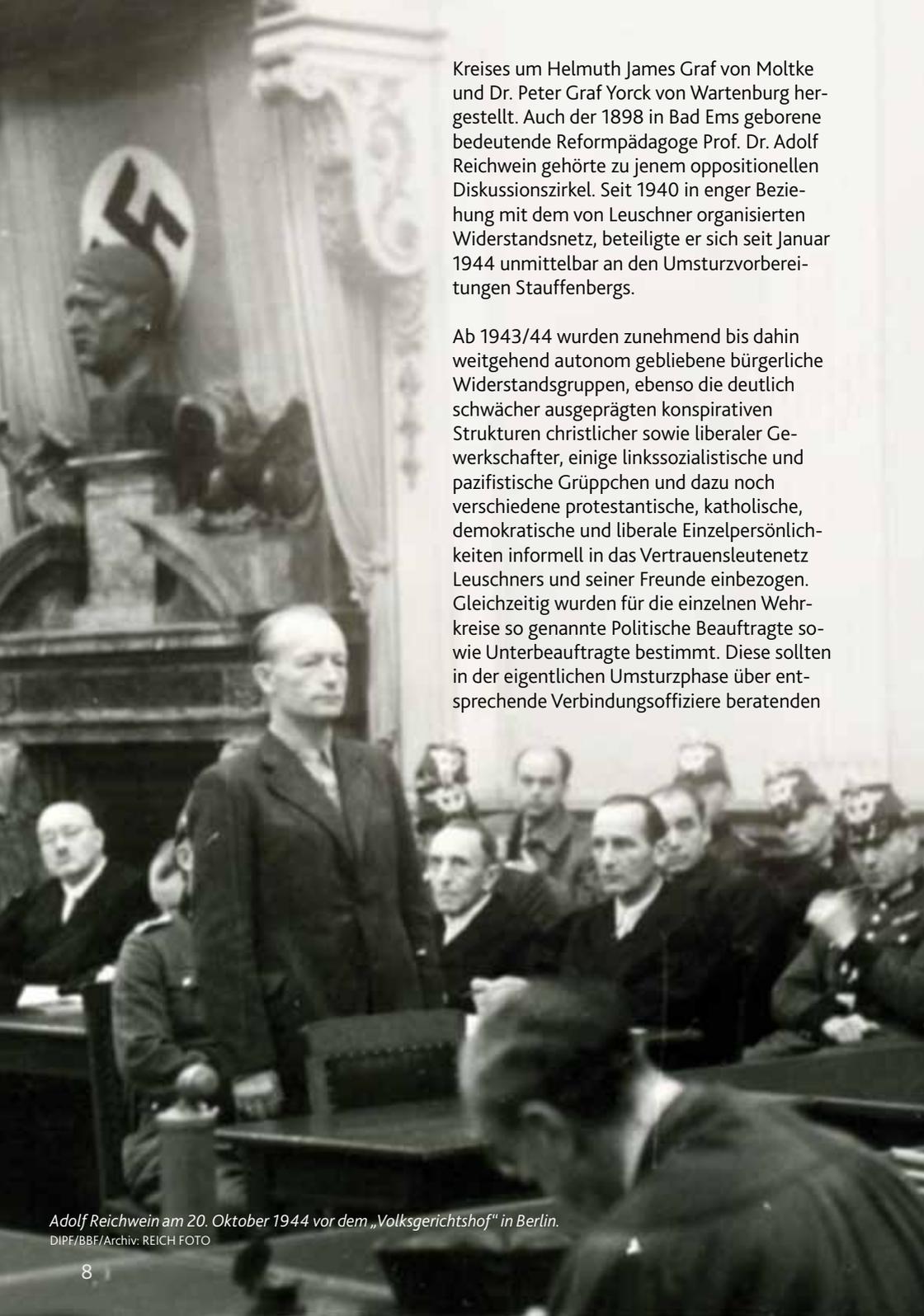
Nach seiner Entlassung aus dem KZ Lichtenburg im Sommer 1934 machte sich Wilhelm Leuschner daran, von Berlin aus ein schließlich im ganzen Deutschen Reich weit verzweigtes informelles Verbindungsnetz sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Widerstandskräfte zu knüpfen. Seine Kontaktfahrten, die zunächst vor allem im Zusammenhang mit der illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften standen, tarnte er seit 1936 geschickt als Geschäftsreisen für seinen Betrieb zur Herstellung von Armaturen, Bierzapfhähnen und ähnlichen Produkten. Als 1938 durch regimekritische Kreise aus Bürgertum und Militär erstmals eine gemeinsame Aktion gegen Hitler erwogen wurde, war Leuschner bereits eingeweiht. Seit Anfang der 1940er-Jahre wurde der Aufbau eines reichsweiten Vertrauensleutenetzes durch ihn sowie seine inzwischen gleichfalls aus dem KZ entlassenen Parteifreunde Julius Leber,

Carlo Mierendorff und Theodor Haubach und etliche andere forciert betrieben. Jene Widerstandsstruktur sollte erst nach einem erfolgreichen militärischen Umsturzunternehmen aktiviert werden, um dieses sodann in demokratische Bahnen zu lenken. Allerdings konnte infolge der ständigen Einberufungen zur Wehrmacht fast nur noch auf ältere einstige Funktionsträger aus Gewerkschaften und SPD zurückgegriffen werden. Die zwischen Leuschner, Leber und anderen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären bestehenden Kontakte zur Führungsebene des bürgerlich-militärischen Widerstandes um Goerdeler und Generaloberst a. D. Beck, bis zu seinem spektakulären Rücktritt im Sommer 1938 Generalstabschef des Heeres, waren die Grundvoraussetzung für das geplante gemeinsame Vorgehen gegen den Diktator. 1941 wurde zudem die Verbindung des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundes mit den Oppositionellen des überparteilichen Kreisauer

Wilhelm Leuschner

Archiv der sozialen Demokratie / Friedrich-Ebert-Stiftung





Kreises um Helmuth James Graf von Moltke und Dr. Peter Graf Yorck von Wartenburg hergestellt. Auch der 1898 in Bad Ems geborene bedeutende Reformpädagoge Prof. Dr. Adolf Reichwein gehörte zu jenem oppositionellen Diskussionszirkel. Seit 1940 in enger Beziehung mit dem von Leuschner organisierten Widerstandsnetz, beteiligte er sich seit Januar 1944 unmittelbar an den Umsturzvorbereitungen Stauffenbergs.

Ab 1943/44 wurden zunehmend bis dahin weitgehend autonom gebliebene bürgerliche Widerstandsgruppen, ebenso die deutlich schwächer ausgeprägten konspirativen Strukturen christlicher sowie liberaler Gewerkschafter, einige linkssozialistische und pazifistische Grüppchen und dazu noch verschiedene protestantische, katholische, demokratische und liberale Einzelpersonlichkeiten informell in das Vertrauensleutenetz Leuschners und seiner Freunde einbezogen. Gleichzeitig wurden für die einzelnen Wehrkreise so genannte Politische Beauftragte sowie Unterbeauftragte bestimmt. Diese sollten in der eigentlichen Umsturzphase über entsprechende Verbindungsoffiziere beratenden

Adolf Reichwein am 20. Oktober 1944 vor dem „Volksgerichtshof“ in Berlin.

DIPF/BBF/Archiv: REICH FOTO

Einfluss auf die Kommandeure der Stellvertretenden Generalkommandos nehmen. Unmittelbar danach hätte den Politischen Beauftragten die Funktion von Oberpräsidenten bzw. Verwaltungschefs der ihnen zugewiesenen Landesteile zufallen sollen. Im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des Wehrkreises XII Wiesbaden sollte Leuschners enger politischer Freund und Mitstreiter, der 1890 in Udenheim geborene Jurist und frühere hessische Staatsrat Ludwig Schwamb die Aufgabe des Politischen Beauftragten übernehmen. Als Unterbeauftragter, d. h. als Stellvertreter Schwambs, war Bartholomäus Koßmann aus Saarbrücken eingesetzt, einst Reichstagsabgeordneter für das Zentrum im Wahlkreis Koblenz-Trier-Birkenfeld sowie Vorsitzender der katholischen Bergarbeitergewerkschaft in Neunkirchen-Saar.

Nur zum Teil deckungsgleich mit jener Struktur, die sich an der geografischen Ausdehnung der Wehrkreise ausrichtete, war die von Leuschner, Leber und anderen geschaffene zivile Widerstandsstruktur. Die Region zwischen Kassel und Heidelberg war dabei offenbar einer der von ihnen am besten

organisierten Bereiche überhaupt. Dessen organisatorisches Zentrum befand sich im Rhein-Main-Gebiet. Dort und im näheren Einzugsbereich verfügten Leuschner und etliche seiner wichtigsten Mitstreiter aus der Zeit ihres politischen Handelns während der Weimarer Republik noch immer über eine beträchtliche Zahl verlässlicher und risikobereiter Freunde und Sympathisanten. So konnte Schwamb die politische Leitung der Vertrauensleutestruktur südlich der Mainlinie dem früheren Oppenheimer Prokuristen sowie SPD-Landtags- und -Reichstagsabgeordneten Jakob Steffan übertragen, der erst 1940 – gesundheitlich schwer geschädigt – aus dem KZ Dachau entlassen worden war. Die regionale Zentrale des Vertrauensleutenetzes befand sich in Frankfurt. In den einzelnen Städten und Gemeinden war die Leitung erfahrenen, zumeist ebenfalls sozialdemokratischen Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und Verwaltungsfachleuten übertragen worden. Diesen oblag es, weitere geeignete Mitarbeiter heranzuziehen. In Mainz war Alfred Freitag eingesetzt, vor 1933 Landesparteisekretär der SPD in Rheinhessen, der nun eng mit

Jakob Steffan
Stadtarchiv Oppenheim



einer Gruppe von Gewerkschaftern um den vormaligen Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Anton Calujek und einem katholischen Widerstandskreis um Dr. Ernst Doller zusammenarbeitete. Dort war nicht nur die Festsetzung der örtlichen Führungsspitzen des Regimes vorbereitet worden, sondern auch ein Eisenbahnerstreik zur Unterstützung des Staatsstreichs. Den Stützpunkt in Ingelheim leitete der Gastwirt Otto Wedekind. Weitere Stützpunkte in Rheinhessen bestanden nachweislich in Worms, Guntersblum, Oppenheim, Nierstein, Bingen, Dolgesheim, Alsheim und Nieder-Olm. Die meisten dieser zivilen Vertrauensleute waren bereits ab 1933 aus politischen Gründen verfolgt worden und hatten ihre berufliche Existenz verloren. Alfred Freitag und Otto Wedekind waren 1933/34 im KZ Osthofen bei Worms inhaftiert gewesen.

Anton Calujek
Gedenkstätte Dachau



Wichtige Hinweise sind Emil Henk zu verdanken, der dominierenden Persönlichkeit des frühen sozialistischen Widerstandes im Raum Mannheim/Heidelberg. Er war mit Theodor Haubach und dem früheren Pressesprecher des hessischen Innenministeriums sowie langjährigen Leuschner-Intimus Carlo Mierendorff eng befreundet. 1946 hat Henk seine Kenntnisse der Organisationsstruktur des zivilen Widerstandsnetzes im Zusammenhang mit dem „20. Juli“ in der Region zwischen Kassel und Heidelberg sowie in Rheinhessen publik gemacht. Er berichtete, „ganze Tausend zuverlässige Männer“ seien als „Avantgarde“ in diesem „mit am besten organisierten“ Bereich „zur Aktion bereitgestellt“ gewesen. Hinter jedem Einzelnen hätten jeweils „mindestens weitere zehn aktive Kämpfer“ gestanden. Diese Zahlenangaben erscheinen zwar als recht hoch gegriffen, und es ist heute, ein Dreivierteljahrhundert danach, ein schwieriges, wenn nicht aus-



sichtsloses Unterfangen, dies alles noch detailliert zu überprüfen. Das ganze Ausmaß jenes Netzwerkes war seinerzeit nämlich nur Leuschner und seinen engsten Mitstreitern bekannt und auch diesen nur bis hinunter zur Ebene der lokalen Stützpunktleiter. Die weiteren Kontaktleute blieben aus Sicherheitsgründen selbst gegenüber der Führungsebene geheim und meist auch untereinander konspirativ abgeschottet. Die Regimegegner an der lokalen Basis wussten lediglich, dass eine Aktion gegen Hitler bevorstehe. So hatte beispielsweise der Sozialdemokrat und vormalige Angehörige des Republikschutzverbandes „Reichsbanner Schwarz Rot Gold“ Jakob Schuch aus Nierstein, der dann zusammen mit fünf weiteren Opfern am 21. März 1945 am Kornsand gegenüber von Nierstein von den Nationalsozialisten ermordet wurde, seinem Schwabsburger Reichsbanner-Kameraden Peter Morch im Juli 1944 einen Karabiner mit den Worten anvertraut: „Halte dich

bereit, es ist etwas im Gange“. Die örtlichen sozialdemokratischen Solidargemeinschaften, untereinander verwandtschaftlich und freundschaftlich eng verbunden, bildeten auf der untersten Ebene in der Hauptsache jenen Personenkreis, der im Falle eines geglückten Umsturzes hätte herangezogen werden sollen. Sie hätten indes erst im entscheidenden Moment erfahren, dass und in welcher Form sie aktiv werden sollten. Gleiches gilt für die mit ihnen vielfach unmittelbar verbundenen liberalen und konservativen Oppositionellen vor Ort.

Epilog

Nach dem Scheitern von Attentat und Umsturzversuch gelang es den Fahndern des NS-Terrorystems in der Hauptsache nur, viele der unmittelbaren Anführer der Aktion und den Personenkreis der durch die Befehle zu ihrer Heranziehung sichtbar gewordenen Verbindungsoffiziere sowie Politischen Beauftragten und Unterbeauftragten in den Wehrkreisen zu ermitteln und festzunehmen. So waren durch Fernschreiben Generaloberst Erich Hoepners vom 20. Juli 1944 die vorgesehenen Funktionen Hauptmann Kaisers als Verbindungsoffizier sowie Schwambs als Politischer Beauftragter im Wehrkreis XII und damit als unmittelbarer Ansprechpartner Kaisers auf Seiten der Zivilopposition ebenso offenbar geworden wie die von Schwambs Unterbeauftragtem bzw. Stellvertreter Bartholomäus Koßmann. Dieser konnte jedoch – anders als Kaiser und Schwamb – in seinem Prozess durch geschickte Verteidigung einen Freispruch erwirken.

Die damals nicht enttarnten Widerständler, aber auch jene, die gefasst worden waren und trotzdem mit dem Leben davongekommen sind, haben sich bald darauf nahezu ausnahmslos ins Zeug gelegt für den durch die militärische Niederringung des NS-Regimes und das nachfolgende diesbezügliche Entge-



Carlo Mierendorff (rechts) und Emil Henk
Archiv der sozialen Demokratie / Friedrich-Ebert-Stiftung



Hermann Kaiser, einer der wichtigsten Organisatoren des „20. Juli“, wurde am 17. Januar 1945 zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde sechs Tage darauf in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee vollstreckt.

Stadtarchiv Wiesbaden



genkommen der Siegermächte möglich gewordenen demokratischen Neubeginn.

So etwa wirkte z. B. Jakob Steffan erst als Regierungspräsident für Rheinhessen, dann als Innenminister und schließlich von 1949 bis 1950 als Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Der Wiesbadener Stützpunktleiter, der vormalige Wormser Polizeidirektor Heinrich Maschmeyer engagierte sich sofort nach dem Einmarsch der US-Truppen als Sozialdemokrat im überparteilichen Aufbau-Ausschuss Wiesbaden, einer der wichtigsten Keimzellen der dortigen demokratischen Reorganisation, bis er bereits nach wenigen Wochen an den Spätfolgen seiner zwölf Jahre zuvor im KZ Osthofen erlittenen Gesundheitsschädigungen gestorben ist. Der während der NS-Zeit sogar mehrmals inhaftierte Mainzer Anton Calujek agierte fortan u. a. als Sekretär der Eisenbahner-Gewerkschaft, als Mitglied des Stadtrats in der Landeshauptstadt und der rheinland-pfälzischen Beratenden Landesversammlung, dann als SPD-Landtagsabgeordneter und zuletzt als Vizepräsident der Eisenbahndirektion Mainz. Der christliche Oppositionelle Ernst Doller, welcher der Widerstandsbewegung seit 1941 angehört hatte und bei Gelingen des Umsturzes an die Spitze der Justizverwaltung in Rheinhessen hätte rücken sollen, wurde alsbald zum Generalstaatsanwalt befördert und amtierte schließlich als Landgerichtspräsident und als stellvertretender Oberregierungspräsident der Pfalz. Der einstige Landesvorsitzende der hessischen SPD, der Offenbacher Stadtverordnete, Landtags- und Reichstagsabgeordnete sowie Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Wilhelm Weber, der während der NS-Zeit wie so viele seiner Kollegen und Genossen wiederholt in Haft genommen worden war, so 1933 im KZ Osthofen und zuletzt 1944 im KZ Dachau, engagierte sich seit dem folgenden Frühjahr beim zügigen Wiederaufbau seiner Partei und der Gewerkschaften, z. B. als DGB-

Heinrich Maschmeyer

Landesarchiv Speyer H 80 Nr. 1018

Kreisvorsitzender, bis er 1952 mit 76 Jahren aus dieser Funktion ausschied. Der frühere rechtsliberale Bürgermeister von Alsheim Ernst-Jakob Wetzel, der 1933 acht Monate lang in Osthofen eingesperrt war und seit 1942 Fühlung gehabt hatte mit den zivilen und militärischen Untergrundstrukturen der Freiheitsbewegung des „20. Juli“, wurde von der US-Militärregierung im April 1945 wieder in sein vormaliges Amt eingesetzt, in das er später auch durch die Bürgerschaft gewählt wurde; 1946 trat der Weingutsbesitzer der CDU bei, für die er dann als Kreisvorsitzender in Worms fungierte; 1947 stieg er zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer Rheinhessen auf, und er gehörte seitdem 20 Jahre lang dem rheinland-pfälzischen Landtag an. Der vordem linksliberale, dann zur SPD übergewechselte Reichsbanner-Mann Heinrich Ahl, der bis zu seiner politisch bedingten Entlassung 1933 Leiter des hessischen Landeskriminalamtes und Chef der Politischen Polizei in Darmstadt gewesen war, wirkte dort ab 1945 wieder in verschiedenen leitenden Positionen, so als Regierungsdirektor und zuletzt als Regierungsvizepräsident. Der mit Emil Henk befreundete Wormser Lehrer und Sozialdemokrat Dr. Ernst Kilb diente seiner Heimatstadt bis zu seinem frühen Tod Anfang 1946 als noch von der US-Militärregierung im Frühjahr des Vorjahres eingesetztes Stadtoberhaupt; seit dem Sommer amtierte er zugleich als für das Volksschulwesen und die Lehrerausbildung zuständiger Präsidialdirektor im damaligen Oberregierungspräsidium in Neustadt an der Haardt, später an der Weinstraße, wofür er von Henk, dem dortigen zeitweiligen Dezernatsleiter für Erziehung und religiöse Fragen, gewonnen worden war. Während die US-Militärregierung im Frühjahr 1945 Fritz Ruffer zum Landrat des Landkreises Mainz mit Sitz in Oppenheim ernannte, war sein früherer SPD-Stadtratskollege Johann Benz dort seitdem fast zehn Jahre lang Bürgermeister. Auch der ehemals zeitweilige Niersteiner SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Weinkommissionär Andreas Licht hatte 1933 wie Benz, Ruffer und so viele andere das KZ Osthofen durchleiden müssen und wurde von



Wilhelm Weber
Privat Inge Weber, Offenbach

Dr. Ernst Kilb
Stadtdachiv Worms



den Amerikanern 1945 als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde eingesetzt; dieses Amt übte er bis zum darauffolgenden Jahr aus. Der einstmalige Bingen-Büdesheimer SPD-Vorsitzende Franz Adamo, der vor 1933 schon dem Stadtrat angehört hatte, während der NS-Zeit dann wiederholt inhaftiert war und 1945 in Bingen zum Beigeordneten bestimmt worden ist, zählte 1945/46 zu jenen, welche in seiner Gemeinde die SPD reorganisiert haben; im selben Jahr wurde er abermals in den Stadtrat von Bingen gewählt, zwei Jahre darauf in den Kreistag, und 1951 zog er als Nachrücker in den Landtag von Rheinland-Pfalz ein.

So zeigt sich an diesen hier exemplarisch für unser Land hervorgehobenen Lebenswegen eine beeindruckende Kontinuitätslinie, die von der Weimarer Republik über den antinazistischen Widerstand hin zu unserer Bundesrepublik führte.

Angelika Arenz-Morch
Dr. Axel Ulrich

Dokumentation

Emil Henk über das Vertrauensleutenetz Wilhelm Leuschners und seiner Mitstreiter im Rhein-Main-Neckar-Raum kurz vor dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

aus: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte, 2., erw. Aufl., Heidelberg 1946, S. 46–51.

(...) Im Juni 1944 landeten die Amerikaner und Engländer in der Normandie. (...) Mit der Invasion waren die Voraussetzungen zum Putsch gegen Hitler gegeben.

Zwei Faktoren allerdings mussten sich zuerst entwickeln. Die Alliierten mussten ihre Operationen so weit abgeschlossen haben, dass sie mit Armeen bereitstanden. Und dann: Die militärischen und politischen Vorbereitungen mussten nun schnellstens durchgeführt werden. Die Militärs hatten einen riesigen und exakt ausgearbeiteten Plan entworfen, der nach gelungenem Attentat sofort die ganze deutsche Armee unter ihre Macht brachte.

Die Politiker dagegen hatten ihre Zugriffe zur Masse vorgenommen und den Charakter der Illegalität geändert. Die politische Elite musste (...) eine vorrevolutionäre Situation selbst schaffen. (...)

Was geschah durch die Politiker (...) zur Vorbereitung der Massenbasis?

Etwas in der Geschichte der politischen Revolutionen ganz Neues. Nach der gelungenen Invasion wurde die gewerkschaftlich-sozialistische Illegalität systematisch vertieft. Die Elite nahm Fühlung mit den Vortruppen der Massen. Das Risiko der Massenillegalität musste gewagt werden, denn die Gefahr war begrifflicherweise kurzfristig. Überall, an allen Orten in Deutschland wurden Männer in die Geheimorganisation eingeweiht. Sie wussten nicht viel. Sie kannten nur ihre lokale Aufgabe.

E M I L H E N K

Die Tragödie des 20. Juli 1944

Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte

2. erweiterte Auflage

1946

Adolf Rausch Verlag, Heidelberg

Lizenz Nr. US. - W 1015

Sie hatten, jeder Einzelne, die Verantwortung dafür, dass 10–20 weitere zuverlässige Männer schlagartig zu alarmieren waren, die den örtlichen Nazigegner und den staatlichen Machtapparat zu beseitigen hatten, soweit ein Machtapparat überhaupt noch bestand. Die Illegalität also, die bisher lediglich auf die größeren und mittleren Städte beschränkt war, die auf relativ wenigen Schultern ruhte, wurde nunmehr, Pfählen gleich, in die Tiefe gestoßen. Und sie trat mit den vorderen Gliedern der Masse in Verbindung. (...)

Es kam also darauf an, alle Vorbedingungen zum Masseneinsatz gleichsam willkürlich zu schaffen.

Eine sehr wichtige Feststellung ergab sich in diesem Augenblick: Es waren Männer genug für das erste Glied der Massenaktion vorhanden! Es gab kaum einen Ort, wo nicht die politische Avantgarde in diesen Wochen stand. Und es gab kaum einen Ort, wo hinter diesem ersten Glied nicht zehn weitere Glieder greifbar waren.

Offen war und offen blieb – was wird die Masse selbst tun? Sie atmete schwer unter der Tyrannei. Sie war kriegs- und bombenmüde. Würde sie bereit sein, über die Hürden zu springen?

Die Vertrauensmänner der gewerkschaftlich-sozialistischen Widerstandsgruppen bildeten in kurzer Zeit über ganz Deutschland ein unsichtbares Netz von oben herab bis hinunter in die kleinsten Gemeinden.

Das Land selbst war aufgeteilt in große Bezirke, und an der Spitze eines jeden Bezirks stand ein besonders verlässlicher Mann. Von dieser Bezirksspitze aus erfolgte die Untergliederung in größere und kleinere Kreise bis herab zu den Städten und Dörfern. Die Leiter der Bezirke waren von Berlin aus, in der Hauptsache von [Wilhelm] Leuschner eingesetzt.

In den Wochen vor dem Attentat erfolgte eine weitere Veränderung in der Geheimorganisation. Es wurden in letzter Stunde einzelne andere politische Gruppen an diesen Apparat angeschlossen: Katholiken, Protestanten, Demokraten und da und dort auch Liberale.

Auch hier fehlten die Kommunisten. Man war ihrer politischen Gegnerschaft sicher. Aber Jahre der Illegalität hatten gezeigt, dass die Gestapo verstanden hatte, ein ganzes System von Spitzeln in die kommunistische Illegalität zu schmuggeln.

Es bestand daher der Beschluss, dass mit den Kommunisten erst nach dem Sturz Hitlers die Verbindung aufgenommen wird. (...)

Das mit am besten organisierte Gebiet war der Bereich zwischen Kassel und Heidelberg. Wie sah es in diesem Bereich kurz vor dem 20. Juli aus?

Die Zentrale saß in Frankfurt. Sie wurde von dem früheren hessischen Staatsrat [Ludwig] Schwamb geleitet. Er gehörte zum Kreisauer Kreis und arbeitete besonders eng mit [Dr. Julius] Leber zusammen.

Schwamb war ein ernster, entschlossener und stiller Mann. Er war Sozialist und ausgesprochen religiös. Seine Tätigkeit war so unauffällig, dass Leuschner ihn zu den schwierigsten Aufgaben heranzog. Er führte Verhandlungen mit den Wehrkreiskommandeuren im Auftrag der Berliner Zentrale; er hat die wichtigsten Männer in seinem Bereich herangezogen, vor allem den jetzigen Regierungspräsidenten von Rheinhessen [Jakob] Steffan und den [derzeitigen] Chef der hessischen Regierung Prof. [Dr. Ludwig] Bergsträsser.

Schwamb setzte zum Leiter der nordhessischen Illegalität den heutigen Bezirkssekretär der Frankfurter Gewerkschaften [Willi] Richter ein. Für den Bereich Frankfurt-

Heidelberg wurde Steffan bestimmt. Steffan war [sieben] Jahre [im Gefängnis und] im KZ als früherer SPD-Abgeordneter, und er ging nach seiner Entlassung sofort in die Illegalität – allerdings durch Misshandlungen fast erblindet. Steffan übergab in den wichtigsten Großstädten die Leitung erfahrenen Politikern. In Frankfurt lag sie in den Händen vo[m nunmehrigen] Kriminalrat [Christian] Fries, der sich seinen Stab von Mitarbeitern schuf. Der greise [Gustav] Noske gehörte dazu. Man darf von ihm sagen, dass er, soweit dies überhaupt möglich ist, einen Teil seiner geschichtlichen Schuld mit dieser Tätigkeit abgebußt hat.

In Wiesbaden leitete die Widerstandsbe-
wegung der frühere Polizeidirektor [Heinrich] Maschmeyer, ebenfalls ein Sozialist.

In Mainz unterstand die Illegalität Alfred Freitag, einem Sozialisten, der mit einer katholischen Gruppe unter Führung des jetzigen Oberstaatsanwalts Dr. [Ernst] Doller zusammenarbeitete. Hier sollte die polizeiliche Aktion durch den Polizei-Obersten Kumper durchgeführt werden, der den Auftrag hatte, den gefährlichen Nazi-Obersten [Siegfried] Runge sofort umzulegen.

Von Mainz aus wurden gleichzeitig Vorbereitungen zum Eisenbahnerstreik getroffen. Die führenden Eisenbahner-Gewerkschaftler [Anton] Calujek und A[dolf] Bößwetter, dazu einige Reichsbahninspektoren hatten alle Vorbereitungen getroffen und den Streik organisatorisch vorbereitet. Es musste klappen. Über Calujek sollte der Generalstreik ausgerufen werden. An diesen Stellen bestand auch Verbindung mit der Gestapo.

In Darmstadt organisierte der derzeitige [hessische] Innenminister Heinrich Zinnkann die Widerstandsgruppe.

In der letzten größeren Stadt dieses Rhein-Main-Neckar-Gebiets, in Offenbach, lag die Leitung in den Händen von Männern, die früher ebenfalls bereits illegal – in der

Gruppe [von Hans] Stoffers – gearbeitet hatten. Es waren die Gewerkschaftler [Wilhelm] Widmann und [Wilhelm] Weber.

So sah es in den größeren Städten dieses Gebiets aus. Aber man begreift die politische Organisation des 20. Juli nicht, wenn man ihre tiefe Verzweigung bis hinab in kleine Gemeinden übersieht. Und weil dieses Hinabreichen ins Volk so wichtig ist, sei an einer Reihe von beliebig herausgegriffenen Orten und Dörfern gezeigt, wie der Apparat bis weit ins Land hinaus aufgebaut war.

In den mittleren und kleineren Städten saßen überall kleinere Gruppen von Vertrauensleuten. Ich führe die wichtigsten auf:

Worms: Leiter (...) [Heinrich] Ahl, Sozialist; neben ihm Dr. [Ernst] Kilb.

Bensheim: der Sozialist Prof. [Franz] Como und der Katholik [Heinrich] Schmitt.

Oppenheim: der Sozialist [Johann] Benz und der jetzige Landrat [Fritz] Ruffer, ebenfalls ein Sozialist.

Nierstein: der jetzige Bürgermeister [Andreas] Licht, Sozialist, und [Johann Philipp] Spiß.

Bingen: der Beigeordnete [Franz] Adamo, Sozialist.

Ingelheim: der Sozialist Otto Wedekind.

Von diesen Städtchen ging es zu den Stützpunkten aufs Land, völlig verzweigt bis ins letzte Dorf. Bis in kleine Orte, wie etwa Guntersblum, wo der Arzt Dr. [Ernst] Huhn, ein Sozialist, Leiter des Stützpunktes war. Neben ihm aber waren, selbst an so kleinen Orten von wenigen Hundert Einwohnern, bereits andere Parteien eingeschaltet. In Guntersblum etwa für die Liberalen der Weingutsbesitzer Emil Schmitt und für die Katholiken der Oberpostinspektor [Johann] Schmitt.

So geht es die ganze Rheinlinie und -ebene entlang. Man kann beliebig jeden einzelnen Ort wählen. So führte etwa in Dolgesheim der Sozialist [Ludwig] Kleinkauf, in Alsheim der liberale Bürgermeister [Ernst-Jakob] Wetzel, bis herab in so kleine Orte wie Nieder-Olm bei Mainz, wo der Sozialist Staader neben dem Katholiken Sieben Gewehr bei Fuß stand. Es gab kaum einen Ort, wo die Opposition nicht organisiert war und wo sie nicht auf das Alarmzeichen wartete. Der Apparat selbst war die Geheimorganisation der Sozialisten und der Gewerkschaften. Ihr angeschlossen waren in diesem Endstadium in den meisten Orten die Katholiken, Protestanten und Demokraten oder Liberalen. Die Führung lag in den Händen der Sozialisten. Der Kopf des ganzen Gebiets war ein Mann des Kreisauer Kreises. So eng war die Zusammenarbeit.

Ganze Tausend zuverlässige Männer waren auf diese Weise in diesem [Rhein-]Main-Neckar-Gebiet zur Aktion bereitgestellt. Es war die Avantgarde. Hinter jedem einzelnen Mann standen allerdings griffbereit mindestens weitere zehn aktive Kämpfer. Man kann also sagen, dass allerwenigstens 10–15.000 Männer in diesem Bereich Anfang Juli [19]44 zur Aktion bereitstanden. Trotz Terror und trotz der Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich brachte: Eine so ungewöhnlich große politische Gruppe stand zum Eingreifen bereit, und sie schuf damit eine vorrevolutionäre Situation, einfach durch Aktivierung und Bereitstellung. Man musste notgedrungen auf eine echte revolutionäre Situation verzichten. Im Übrigen: Die Despotie ließ keine zu.

So sah der politische Massenhintergrund aus, von dem aus der Sturz Hitlers erfolgen sollte: Die Vorhut der Massen war alarmiert. Sie wartete auf das Signal. Sie wusste nicht, was geschehen sollte, aber sie wusste: Die Stunde ist gekommen.

Erläuterungen

Offensichtliche orthographische, grammatikalische und Interpunktionsfehler in Henks Bericht wurden stillschweigend korrigiert, desgleichen verkehrt geschriebene Orts- und Personennamen; bei Letzteren fehlende Vornamen wurden – sofern ermittelbar – ergänzt und in eckige Klammern gesetzt, was auch für manche sonstige Präzisierung bzw. Berichtigung gilt.

Diese so zeitnah zu jenen Sachverhalten verfasste und veröffentlichte Darlegung stellt auch insofern eine große Besonderheit unter den ohnehin nur raren Zeitzeugenberichten zur zivilen Basis des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 dar, als Henk darin nicht nur einen größeren regionalen Strukturzusammenhang des von Wilhelm Leuschner und seinen Freunden in jahrelanger konspirativer Kleinarbeit geschaffenen Vertrauensleutenetzwerks näher beschreibt und dabei viele seiner dortigen Widerstandsstützpunkte aufführt, sondern gleichzeitig etliche der hierfür vor Ort gewonnenen Verantwortlichen nennt.

Henks detaillierte Kenntnisse zur Situation zwischen Rhein, Main und Neckar leiteten sich sicherlich zum einen her aus seinen eigenen anfänglichen, von Heidelberg aus auch in den früheren Provinzen Starkenburg und Rheinhessen des einstigen Volksstaates Hessen entfaltenen Widerstandsaktivitäten. Zeitweilig war er später sogar als Anführer der nichtkommunistischen Opposition in ganz Süddeutschland und nach einem erfolgreichen Umsturz zudem als politisch Verantwortlicher für Baden ausersehen. Andererseits wird er sich hierbei auch auf Informationen gestützt haben, welche ihm erst nach der Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft durch manche Gesinnungsfreunde zugegangen sind, die in der Region zwischen dem besonders gut organisierten Gebiet um Frankfurt und dem Neckar vordem selbst im Widerstand aktiv gewesen waren. Hierbei ist vor allen Dingen an Jakob Steffan zu denken,

der konspirativ zuständig gewesen ist für Süd- und Rheinhessen, nicht aber für die Regionen nördlich von Frankfurt bis hin nach Kassel, deren Vertrauensleutestützpunkte dort, in Marburg, Gießen, Wetzlar, Friedberg usw. in Henks Bericht demgemäß fehlen.

Darüber hinausgehend sind darin auch für den südlichen Zuständigkeitsbereich einige, zum Teil sogar gravierende Informationslücken und Inkorrektheiten feststellbar. Diese lassen sich mit der bis zuletzt nahezu perfekten auch internen Abschottung jener Anti-Nazi-Strukturen erklären und außerdem mit dem gleichfalls konspirationsbedingten Umstand, dass er bei der Abfassung seiner Darlegung „keinerlei schriftliches Material“ hatte heranziehen können, wie Henk im Vorwort zur ersten Auflage dieser Schrift extra betont hat.

Im Großen und Ganzen werden seine Hinweise freilich bestätigt durch entsprechende Stellungnahmen einiger in jene reichsweiten zivilen Widerstandsstrukturen ebenfalls in führender Funktion Einbezogene, z. B. durch den in seinem Bericht wie so viele andere unerwähnt gebliebenen Willy Knothe, von dem bereits bis zu seiner ersten Verhaftung Mitte 1934 der SPD-Widerstand im Südwesten angeleitet worden war. Aber auch verschiedene weitere, meist jedoch erheblich weniger umfangreiche Berichte liegen hierzu vor, zumal aus der Rhein-Main-Region.

Jakob Steffan hat hin und wieder von „10.000 Mann“ berichtet, die er für den „Bezirk Mainz“ angeworben habe. Auch wenn solche extrem hohen Quantifizierungen zu Recht Skepsis hervorrufen mögen, so deuten sie doch darauf hin, dass diesem zuletzt vor allem sozialdemokratisch-bürgerlich kombinierten Vertrauensleutenetzwerk selbst bei vorsichtiger Schätzung in ganz Deutschland gewiss mehrere Tausend Regimegegner angehört haben müssen.

Ausgewählte Literatur zum Widerstand des „20. Juli 1944“

Ludger Fittkau, Marie-Christine Werner: Die Konspirateure. Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944, Darmstadt 2019.

Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte, 2., erw. Aufl., Heidelberg 1946.

Linda von Keyserlingk-Rehbein: Nur eine »ganz kleine Clique«? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944, Berlin 2018.

Dieter Schiffmann, Hans Berkessel, Angelika Arenz-Morch (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Wissenschaftliche Darstellung und Materialien für den Unterricht. Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, 2. Aufl., Mainz 2013.

Peter Joachim Riedle (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und Axel Ulrich. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv, Wiesbaden 1996 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5).

Sina Schffel: Jakob Steffan. Ein streitbarer Demokrat. Abgeordneter • KZ-Häftling • Innenminister. Gedenkarbeit 5, Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz u. Osthofen 2012.

Axel Ulrich: 20. Juli 1944. Versuch eines Militärputsches sowie einer politisch-sozialen Revolution. Verbindungen zum politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet. Polis 23, Hrsg.: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, 1997.

Axel Ulrich: Ludwig Schwamb, Jakob Steffan und andere südwestdeutsche Mitstreiter Wilhelm Leuschners im antinazistischen Widerstand. In: Niersteiner Geschichtsblätter, Nr. 12, Dezember 2006, S. 21 – 50.

Axel Ulrich: Wilhelm Leuschner. Ein deutscher Widerstandskämpfer. Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik, Wiesbaden 2012.

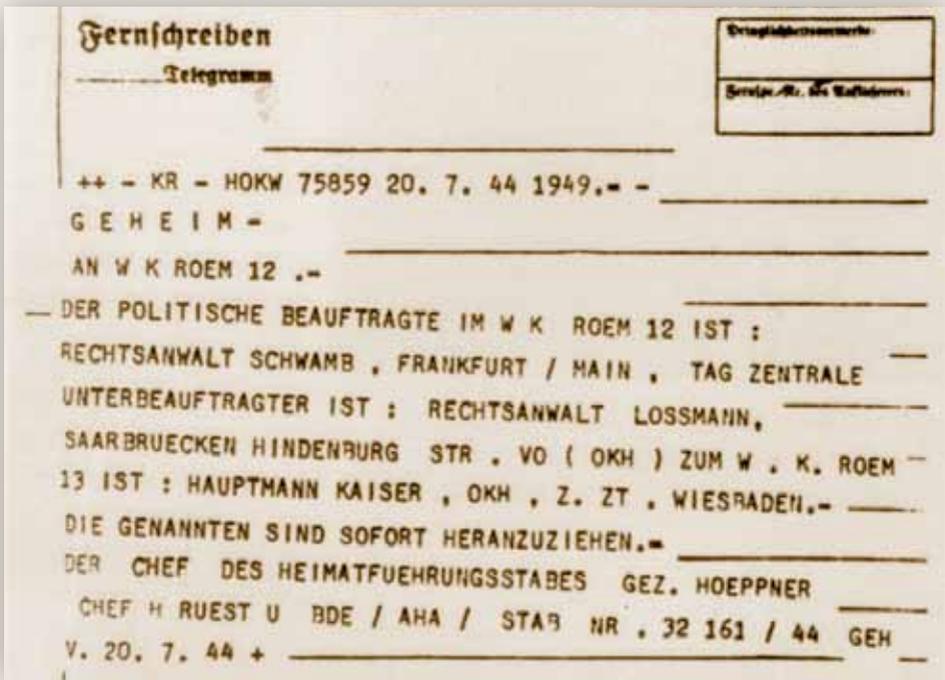
Axel Ulrich, Renate Knigge-Tesche: Der „20. Juli 1944“ und Hessen. Ein Rückblick nach 70 Jahren. Blickpunkt Hessen, Nr. 18, Wiesbaden 2014.

Axel Ulrich: Antinazistischer Arbeiterwiderstand in Süd- sowie Rheinhessen und dortige Stützpunkte im Rahmen Wilhelm Leuschners reichsweiter konspirativer Vertrauensleute-Struktur. In: Gedenkarbeit 11. Verfolgung und

Widerstand: Der 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften. Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz u. Osthofen 2014, S. 34 – 103.

Axel Ulrich, Angelika Arenz-Morch: Carlo Mierendorff kontra Hitler. Ein enger Mitstreiter Wilhelm Leuschners im Widerstand gegen das NS-Regime. Hrsg. von den Landeszentralen für politische Bildung Rheinland-Pfalz und Hessen. Wiesbaden, 2018.

Quellenhinweise sind der angegebenen Literatur zu entnehmen.



Fernschreiben Generaloberst Erich Hoepners zur Heranziehung der Politischen Beauftragten und des Verbindungs-offiziers für den Wehrkreis XII Wiesbaden vom 20. Juli 1944. In der Hektik entstanden einige Fehler. So heißt der Unterbeauftragte korrekt Koßmann und Hauptmann Kaiser sollte für den Wehrkreis XII, nicht für den Wehrkreis XIII herangezogen werden.

Stadtarchiv Wiesbaden

Auflage: 2., überarb. und erw. Aufl., Osthofen 2019

Verantwortlich: Bernhard Kukatzki, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Herausgeber: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Gedenkstätte KZ Osthofen